



Polizei im Kampf mit streikenden Bergarbeitern in Wales, Bergarbeiter vor brennender Auto-Barrikade, Polizeireiter vor der

## England: „Kampf bis aufs Messer“

Margaret Thatchers Schlacht gegen die Gewerkschafter

**Rabiates Sparen der Monetaristin Margaret Thatcher hat die Bergarbeiter auf die Barrikaden getrieben und zur großen „sozialen Schlacht um England“ geführt.**

**Eisenbahner legten das Schienennetz lahm, Docker die Häfen. Weder Premier Margaret Thatcher noch Gewerkschaftsboß Arthur Scargill wollen nachgeben.**

Nahezu jeden Abend müssen Millionen Fernseh-Briten den Eindruck gewinnen, das Land zwischen Dover und Dundee lebe im Bürgerkrieg.

Denn die Zahl der Kombattanten, die da in Schottland, Wales und Grafschaften wie Yorkshire aufeinanderprallen, erreicht fast schon Divisionsstärke. So zeigen die TV-Nachrichtenshows, wie streikende Bergarbeiter ganze Kohlegruben und Stahlwerke umzingeln, wie tiefgestaffelte Reihen von Polizeibeamten Lastwagen-Konvois mit Kohle und Erz Zugang zu den belagerten Zechen und Fabriken verschaffen.

Dabei kam es zu Szenen, wie sie das Land seit dem Generalstreik 1926 nicht mehr erlebte. Vor der Kokerei Orgreave unweit Sheffield beispielsweise traten jüngst 10 000 Bergarbeiter gegen eine Phalanx von 3000 Polizisten an.

Die Kumpel bauten Barrikaden, zündeten Autos an und benutzten Telegraphenmasten als Rammböcke. Angreifer warfen Flaschen, Ziegelsteine und mit Nägeln gespickte Kartoffeln. Die Verteidiger wehrten sich mit Knüppelschlägen und schickten Berittene nach vorn.

Die Schlacht von Orgreave war die bisher blutigste Auseinandersetzung in einem Streik, den der Ex-Labour-Abgeordnete und Fernsehmoderator Brian Walden, 52, so charakterisierte: „Kampf bis aufs Messer, beispiellos in dieser Generation.“

Seit Beginn des Arbeitskampfes am 12. März wurden zwei Streikposten getö-

tet, 1000 verletzt und knapp 4000 Kumpel zeitweise festgenommen. Schon bereitet die konservative Regierungschefin Margaret Thatcher, 58, England auf eine Zeit vor, in der heilige Werte gerettet werden müssen. „Die Demokratie wäre am Ende“, rief sie im Unterhaus, „wenn der Herrschaft des Mobs nachgegeben würde.“

Für Frau Thatchers Widersacher Arthur Scargill, 46, Präsident der Bergarbeitergewerkschaft National Union of Mineworkers (NUM), geht der Abnutzungskrieg weiter. Denn die NUM, so seine Streikparole, befinde sich in einer „sozialen Schlacht um England“.

Schon seit Wochen versucht Scargill, mit seiner Prätorianergarde junger Streikposten den Nachschub an Koks, Kohle und Eisenerz zu stoppen, von dem die Stahlwerke der Staatsgesellschaft British Steel abhängen.

Auch die Eisenbahner Englands machen dabei mit. Sie befördern und entladen keine Kohle und kein Erz mehr. Der Nachschub aus den noch gefüllten Depots wird mit kilometerlangen Lastwagen-Konvois in die Stahlwerke gekarrt.

Noch schwererwiegende Folgen für die britische Wirtschaft drohen durch die Docker, die letzte Woche in einen Sympathie-Streik mit den Kumpeln getreten waren und die Häfen Englands lahmlegten. Den Hafenarbeitern folgten die Seeleute, die zum Beispiel keine Frachtfähren mehr abfertigten und England vom Kontinent abriegelten.

Gelänge es den Scargill-Truppen, die Stahlschmelzen lahmzulegen, wären bald auch Bauwirtschaft und Autoindustrie am Ende. Das unausbleibliche industrielle Chaos, so die Kalkulation von Scargill, müßte den Druck auf die Regierung so verstärken, daß die Kohlebehörde „National Coal Board“ (NCB) zur Kapitulation gezwungen würde. Denn dieses Gremium hatte die Bergarbeiter mit seinem Plan auf die Straße getrieben, bis zum Frühjahr nächsten Jahres 20 Zechen stillzulegen und 20 000 Kumpel „freizusetzen“.

Die aber sind entschlossen, ihren Kampf um die Arbeitsplätze notfalls bis ins nächste Jahr fortzusetzen. John Coatsman, Hauer im Snowdon-Pütt in Kent, sprach vor dem Drahtgeflecht des Zechentors für viele seiner streikenden Kollegen: „Die Zeit ist auf unserer Seite. Uns geht's vielleicht dreckig, im Winter aber wird ganz England leiden müssen.“

Solche Entschlossenheit an der Basis verschärft noch die Auseinandersetzung zwischen dem revolutionären Sozialisten Arthur Scargill und dem NCB-Chef Ian MacGregor, 71, den die Wirtschaftszeitung „Financial Times“ einen „Superkapitalisten“ nennt. Gemeinsam haben Scargill und MacGregor Sturheit und die Lust an verbalen Schlammschlachten.

Für Scargill ist MacGregor ein „Lügner“, dem er nicht einmal dann glauben würde, „wenn er mir die Uhrzeit sagt“. MacGregor wiederum, ein gebürtiger Schotte, der sich nach dem Zweiten



**Kokerei Orgreave in Yorkshire:** „Beispiellos in dieser Generation“



**Premierministerin Margaret Thatcher**  
Ratschläge aus Freiburg ...



**Thatcher-Ratgeber von Hayek**  
... in vertraulichen Briefen

Weltkrieg in den USA einbürgern ließ, verglich seinen Erzfeind mit dem Monster Dr. Jekyll/Mr. Hyde. MacGregor bezeichnet sich selbst als „haarigen alten Hund, der unbedingt gewinnen“ möchte.

Zwar versucht Frau Thatcher seit Beginn des Streiks, sich und die Regierung als Unbeteiligte an dem Konflikt zu präsentieren, doch ist offenkundig, daß sie den Kohle-Boß zu harter Gangart ermuntert.

Sie reduziert den Arbeitskampf auf ein Law-and-Order-Problem, rühmt die Polizei und gefällt sich im Zustand bewaffneter Neutralität. Geschickt hält sie den Streik aus der politischen Arena, indem sie ihre Attacken auf die unpopulären Streikposten beschränkt – „Männer, die Abend um Abend eine häßliche Spur der Gewalt auf unseren Bildschirmen zurücklassen“.

Dabei wird im Regierungsviertel Whitehall hinter den Kulissen für die Grubenschlacht schon mächtig gerüstet. Frau Thatcher hat ein Kohle-Krisenkabinett nach Falkland-Art eingerichtet, dem neben fünf Ministern auch Generalstaatsanwalt Sir Michael Havers und der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Lord Trefgarne, angehören.

All dies soll die Drohung MacGregors unterstreichen, daß die Regierung bereit sei, notfalls Truppen einzusetzen, um die über 20 Millionen Tonnen Haldenkohle in die Kraftwerke zu befördern – ein Unterfangen, dem Scargill prompt den Aufruf zum Generalstreik entgegengesetzen würde.

Die Kosten des Konflikts scheinen die sonst pfennigfuchserische Regierungschefin nicht zu kümmern: Ein Produktionsausfall von 40 Millionen Tonnen Kohle und die Umstellung von Großkraftwerken auf teure Ölbefuerung schlugen bis Ende Juni mit drei Milliarden Pfund zu Buch. Die gleiche Summe kostete 1982 Frau Thatchers Krieg um

die Rückeroberung der Falkland-Inseln von Argentinien.

Ähnlich wie die Invasion der Falklands bedroht aber auch der Kumpelstreik die Fundamente des „Thatcherismus“ – jener Mischung aus nationalistischem Gehabe und einer mit kriegsmäßigem Elan geführten Wirtschaft. Im Mittelpunkt dieser Wirtschaftspolitik stehen eine zügige Vermögensumverteilung und die Wertbegriffe der City of London. Margaret Thatcher faßte das Phänomen vor dem Wahlsieg im vorigen Jahr bündig so zusammen: „Ich wünsche mir eine Gesellschaft aus lauter Kapitalisten.“

In Wirklichkeit jedoch profitierten bisher nur die Reichen. Im Budget 1984 etwa bescherte allein die stufenweise Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 52 auf 35 Prozent den Unternehmen des Herzogs von Westminster einen Vermögenszuwachs von mehreren Millionen Pfund.

Die erste Stufe eines radikalen Umbaus des englischen Systems zu einer kapitalistischen Mustergesellschaft, von Frau Thatcher mit Slogans wie „totale Veränderung der Philosophie“ umschrieben, erledigte sie in ihren ersten vier Amtsjahren.

Frau Thatcher folgte dabei dem Rat des von ihr verehrten Ökonomen und Nobelpreisträgers Friedrich August von Hayek, rigorosen Druck auf Englands Industrie auszuüben und den „Mischmasch“ (Hayek) zwischen verstaatlichten und privaten Branchen zugunsten des Privatsektors zu beenden.

Der im südbadischen Freiburg lebende Professor, 85, war Frau Thatcher 1980 als Autor einer für die Konservative Partei verfaßten Studie über die Umkämpfung der britischen Wirtschaft unentbehrlich geworden. Er korrespondiert nicht nur vertraulich mit der Regierungschefin, sondern versucht auch, mit

Leserbriefen an die Londoner „Times“ das Tory-Establishment zu beeinflussen.

Tatsächlich bewirkten eine Drosselung der Staatsausgaben, ein künstlich überhöhter Pfundkurs und Rekord-Zinsraten schon bald, daß Englands Industrien, wie von Margaret Thatcher prophezeit, „schlanker und fitter“ wurden. Staatliche Großkonzerne entließen Zehntausende von Arbeitnehmern und steigerten so Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit.

Scargill-Kontrahent MacGregor ging bei diesem ungebremsten Ausdünnungsprozeß am weitesten. Als Chef des Staatskonzerns British Steel hatte er die Belegschaft um 95 000 Mann und den Stahlausstoß um 6,5 Millionen auf 14 Millionen Tonnen reduziert, laut MacGregor „die El-Alamein-Grenze beim Stahl“.



kampffreudigste Gewerkschaft, wäre nach einer solchen Operation nur noch ein impotenter Außenseiter.

Der hartnäckige Widerstand der Bergarbeiter überraschte die Premierministerin zunächst, weil die englischen Gewerkschaften nach fünf Jahren des angewandten Thatcherismus wie gelähmt schienen. Neue Gesetze schränkten den gewerkschaftlichen Streikraum ein und verstärkten den Druck auf den Gewerkschaftsdachverband „Trades Union Congress“ (TUC), der seit dem Amtsantritt Frau Thatchers und angesichts der Massen-Arbeitslosigkeit unter dramatischem Mitgliederschwund leidet. Von 12,2 Millionen Anfang 1979 sackte die Zahl britischer Gewerkschaftsmitglieder auf derzeit knapp über 10 Millionen ab.

Mit der Schwächung der Gewerkschaften schien jenes Ziel erreicht, das Frau



Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik in ihrer zweiten Amtszeit.

Ihr Schatzkanzler und Inflationsbekämpfer Nigel Lawson, 52, nennt das Traumziel „finanzielle Stabilität“ und glaubt wie seine Chefin an die Richtigkeit der Strategie: „Null Prozent Inflation braucht zwar Zeit, aber darauf steuern wir hin, das ist unser Ziel.“

Persönlich drängte Margaret Thatcher im Juni beim Londoner Weltwirtschaftsgipfel darauf, eine von ihr verfaßte „Erklärung demokratischer Werte“, genannt „Londoner Charta“, zu verabschieden. Darin wurde ihr Credo der gesunden Währung von sieben Staats- und Regierungschefs, unter ihnen Reagan, festgeschrieben. Kanzler Helmut Kohl erklärte, er wisse nicht, was man gegen die Charta haben könne. Kohl: „Ich kann das alles nur befürworten.“ Hayek wurde von Frau Thatcher nach dem Gipfel mit dem seltenen Ehrentitel „Companion of Honour“ ausgezeichnet.

Für England bedeutet die neue Stufe des wirtschaftspolitischen Laborversuchs nicht nur eine noch zügigere Verkleinerung staatlicher Kernbranchen wie Stahl, Schiffbau und Kohle: Die traditionellen Industrien sind mit ihrem riesigen Bedarf an Subventionen eine Herausforderung der auf Drosselung der Geldmenge gezielten Strategie – MacGregors umkämpfte Zechen vorneweg, die 1984 mit 1,1 Milliarden Pfund 40 Prozent des gesamten Subventionsaufwands verschlingen.

Profitbringende Staatsunternehmen dagegen sollen an der Börse verkauft werden – die staatliche Telephonegesellschaft etwa zum Preis von sechs Milliarden Pfund. Ein Teil des Erlöses soll inflationsneutral zur Finanzierung des Arbeitslosengeldes verwendet werden.

Noch härter als bisher soll im Zuge des Sparprogramms bei den Sozialausgaben gespart werden. Thatcher-Berater schlagen beispielsweise vor, Teile des staatlichen Gesundheitsdienstes, die Rentenversicherung und sogar die Arbeitsämter zu entstaatlichen. „Warum“, fragte im rechten „Sunday Telegraph“ ein Leitartikler zynisch, „privatisiert man nicht einfach das Proletariat?“

Auch in den Gemeinde-Etats sieht Frau Thatcher Raum für Milliarden-Einsparungen. Sie hat deshalb vor, in zwei Jahren die sozialistisch regierten Stadträte von Großstädten wie London aufzulösen, die nach ihrer Meinung zuviel Geld für soziale Dienste und Kultursubventionen ausgeben.

Am Ende dieser auf vier weitere Jahre angelegten Politik werde Großbritannien „ein kälterer, härterer und weniger gemüthlicher Platz“ sein, verkündete Frau Thatcher in ihrer Neujahrsansprache 1984. Dafür sollen Steuererleichterungen in Höhe von 13,5 Milliarden Pfund, wie Schatzkanzler Lawson später erläuterte, vor der nächsten Wahl Mittelstand und Oberklasse erwärmen.

#### Gewerkschaftsführer Scargill, Kohle-Boß MacGregor: Dracula in der Blutbank?

Im September 1983 verpflichtete Frau Thatcher ihren Lieblingsmanager aufs neue: Für eine „Transfer-Gebühr“ in Höhe von 1,5 Millionen Pfund (etwa 5,5 Millionen Mark), die dem New Yorker Bankhaus Lazard Frères für die Freistellung ihres Partners gezahlt werden mußte, setzte sie den persönlichen Freund des US-Präsidenten Ronald Reagan auf den Chefessel des NCB.

Im Sheffielder Hauptquartier der Bergarbeiter griff Unruhe um sich. „Genausogut“, höhnte Arthur Scargill, „hätte man Graf Dracula zum Leiter einer Blutbank machen können.“ MacGregor sei „der Mann mit dem Beil“, der nach der Stahl- nun auch die Kohle-Industrie „abschlachten“ wolle.

Grund für solche Befürchtungen gibt es genug: In einem Report der staatlichen Monopolkommission sind nämlich gleich 70 Zechen aufgeführt, die MacGregor schließen will – mit einem Verlust von 70 000 Arbeitsplätzen. Die NUM aber, derzeit mit 182 000 Mitgliedern die politisch bedeutsamste und

Thatchers Briefpartner Hayek „Lockerung des gewerkschaftlichen Würgegriffs“ nennt. Für vorsichtige Tory-Minister, die im Interesse des sozialen Friedens zur Mäßigung rieten, belebte Hayek den Begriff der „wets“ (Waschlappen). Frau Thatcher riet er schriftlich, sie solle diese „Pseudo-Sozialisten aus dem Kabinett entfernen“.

In ihrer ersten Amtszeit kam Frau Thatcher diesem Wunsche nach und nahm sich überdies vor, auch Hayeks zweites Hauptanliegen zu erfüllen – das Herabschrauben der Inflationsrate auf null Prozent. Der Ökonom, der Frau Thatcher zuletzt in Begleitung des Verlegers Axel Springer aufsuchte, trug ihr vor, daß in diesem Fall eine Art Initialzündung einsetze, die rasches wirtschaftliches Wachstum ohne das Risiko eines erneuten Inflationsschubs möglich mache.

Mit dem Slogan „sound money“ (gesundes Geld), das jedem „die Freiheit der Wahl“ erlaube, erhob Margaret Thatcher diese These ihres Beraters zum

Als erste verspüren die streikenden Bergarbeiter die nächste Steigerung des Thatcherismus. Die Regierung zieht ihnen kraft Gesetzes von der mageren Sozialhilfe generell 15 Pfund ab, was für viele Kumpel ein Leben am Rand des Existenzminimums bedeutet.

Viele streikende Bergarbeiter leben bereits von ihren Ersparnissen. Sie arbeiten als Fensterputzer und müssen ihre Fernseher und Autos verkaufen. Andere schlachten ihre Hühner und liefern ihre Hunde in den Tierasylen ab, weil ihnen das Geld fürs Futter fehlt. Die meisten Kumpel haben ihre Zeitungsabonnements gekündigt und die Telephone abgemeldet.

England, davon ist Ex-Labour-Mann Brian Walden überzeugt, werde mit dem Streik der Bergarbeiter Zeuge einer „entscheidenden Schlacht zwischen den Instinkten des Kapitalismus und des Sozialismus“. Der Verlierer werde nicht nur geschlagen, sondern „am Ende aller Hoffnungen beraubt“ sein.

Arthur Scargill will nicht der Verlierer sein. „Die Bergarbeiter“, so machte er sich und seinen Kollegen in der Kumpel-Zeitung „The Miner“ Mut, „sind auf dem Weg zu einem alles zermalmenden Sieg.“

## NIGERIA

### Fette Katzen

**Ex-Minister Dikko, der Mann, der in London entführt werden sollte, weiß zuviel über die Militärregierung.**

„Dirty old Lagos“ war ihnen schon lange zu heiß, zu laut und zu gefährlich geworden. Schon aus „gesundheitlichen Gründen“ lebten sie lieber in den stillen grünen Villenvierteln Londons, nahe den Werkstätten für die Inspektion ihrer Rolls-Royce-Karosserien und auch nicht allzu entfernt von ihren Schweizer Bankkonten.

Nigerias Crème de la Crème nahm's leicht, als putschende Militärs sie in der Silvesternacht 1983 von ihren Pfändern vertrieben. Einige der reichsten Exil-Nigerianer befaßten sich damit, Pläne für einen Gegenputsch aufzustellen, um die Zeiten des Chaos-Kapitalismus, von den Militärs so rüde unterbrochen, zurückzubringen.

Hadschi Umaru Dikko, ehemaliger Transportminister und Schwager des gestürzten Präsidenten Shehu Shagari, erklärte den Militärs sogar den „Dschihad“, den Heiligen Krieg. Ihm sei jedes Mittel recht, „jede Waffe, die Allah mir gibt“, die Putschisten aus Lagos zu vertreiben.

Geld soll der heilige Krieger im Exil genug haben. Er steht im Verdacht, nicht nur die Parteikasse seines Präsidenten-Schwagers, sondern auch seine eigene mit den Millionenbeträgen aufge-



**Entführter Ex-Minister Dikko**  
Heiliger Krieg gegen die Militärs

füllt zu haben, die er durch Schiebereien mit staatlichen Reisreserven und durch Schmiergelder für die Vergabe begehrter Importlizenzen verdient haben soll.

Außerdem drohte er stets, sein Wissen über dunkle Geschäfte der neuen Machthaber preiszugeben: „Die Militärs reden immer über Geld, weil sie nur an ihre eigenen Bankkonten denken“, so Dikko forsch.

Vorletzten Donnerstag wurde Dikko auf dem Londoner Flughafen Stansted in einer von zwei Kisten entdeckt, die gerade als „Diplomatisches Frachtgut“ in einer nigerianischen Transportmaschine nach Lagos befördert werden sollten. Nigerias Staatsfeind Nummer eins war von einem Rollkommando vor seiner Villa in Bayswater entführt und mit der Wahrheitsdroge Pentothal bewußtlos gemacht worden.

Trotz aller Dementis aus der nigerianischen Botschaft in London war es für Scotland Yard klar, daß der nigerianische Geheimdienst NSO hinter dem versuchten Menschenschmuggel stand.

Geheimnisvoll blieb dagegen die Rolle der zwei Israelis und eines dritten Verdächtigen, die vor den Augen der Polizei gelassen aus den Kisten stiegen. Sie waren tags zuvor mit eben jener nigerianischen Transportmaschine illegal nach London gekommen und hatten Dikko in seine alte Heimat begleiten sollen. Das Ganze sei „ein Kriminalstück, mit dem Israel nichts zu tun hat“, behauptete Premier Schamir in Jerusalem.

Das wollen manche nicht glauben. Der Mann, der Dikko vermutlich betäubt hat, der Anästhesist Lou Schapira, 43, ist vor zehn Jahren aus der Sowjet-Union nach Israel eingewandert und arbeitet

eigentlich im Hascharon-Krankenhaus in Petach Tikwah.

Sein Kompagnon Felix Avital, 41, ein reicher Israeli tunesischer Herkunft, hatte enge Geschäftsbeziehungen zu Nigeria unterhalten. Wohl möglich, daß er daran dachte, durch Handlangerdienste für Lagos seine verlorenen Investitionen zu retten. Und noch sind Spekulationen nicht entkräftet, wonach der israelische Geheimdienst Mossad seinen nigerianischen Kollegen mit Rat und Tat zur Seite stand.

Obwohl Nigeria wie 28 weitere afrikanische Staaten nach dem Nahost-Krieg 1973 die diplomatischen Beziehungen zu Israel abbrach, machen die Israelis seit



**Nigerianischer Junta-Chef Buhari**  
„Stinkende Korruption der Zivilisten“

einigen Jahren in Lagos, wie andernorts in Afrika, bessere Geschäfte als in Blütezeiten der formellen Freundschaft. Da die 40 israelischen Firmen in Nigeria rund 100 Millionen Dollar Außenstände haben, sind sie an einem guten Verhältnis zur Militärregierung lebhaft interessiert.

Auch Großbritannien will es sich nicht ganz mit seiner Ex-Kolonie und seinem Haupthandelspartner in Afrika verderben. Premierministerin Margaret Thatcher klagte nur, sie habe es allmählich satt, daß fremde Regierungen ihre Fehden auf britischem Boden austrügen. Erst vor drei Monaten war in London eine Polizistin durch Schüsse aus der libyschen Botschaft getötet worden.

Auch als die Nigerianer aus Rache für den vereitelten Coup auf dem Flughafen Stansted eine britische Verkehrsmaschine mit 222 Passagieren zwei Tage lang in Lagos festhielten, reagierte das Außenministerium zunächst gelassen. Erst vergangenen Donnerstag forderten die Bri-